antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 79 April 2013

Wir können sie stoppen – Wir haben sie gestoppt! Kein Nazi-Aufmarsch in Lübeck!



Nachdem die Nazis ihren Aufmarsch abgesagt haben, fand am 30.03.2013 in Lübeck vor dem Hauptbahnhof eine Kundgebung vom Bündnis „Wir können Sie stoppen“ statt. Im Mittelpunkt der diesjährigen Kundgebung, die von ca. 250 Menschen besucht wurde, stand stellvertretend für alle politisch Verfolgten des Nazi-Regimes die Ehrung für drei Männer und eine Frau:

Christian Rathmer, Lübecker Historiker, stellte das Schicksal von Erich und Minna Klann vor. Erich Klann war für die KPD Mitglied der Lübecker Bürgerschaft. Er wurde 1935 verhaftet und kehrte nach KZ-Haft 1945 nach Lübeck zurück, wo er 1948 an den Folgen der Haft verstarb.

Seine Frau Minna wurde 1935 verhaftetet und 1941 mit 41 Jahren ermordet

Jean-Paul Köpsell, Mitglied des VVN-BdA eröffnete seine Rede mit dem Hinweis, dass sich die VVN-BdA als älteste, seit 1947 aktive Verfolgtenorganisation ganz besonders freut, dass wir alle den Nazi-Aufmarsch nach 7 Jahren stoppen konnten. Er erinnerte an die zeitgleich stattfindenden Ostermärsche und beendete den ersten Teil seiner Rede mit der Losung: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg


Jean-Paul Köpsell

Im zweiten Teil erinnerte er an Heinrich Niemann, der als KPD-Mitglied in Lübeck Wiederstand leistete. Er wurde mehrfach verhaftet und kam im Anschluss an die Haft ins KZ Neuengamme. Von dort 1944 im Alter von 39 Jahren ins SS-Strafbataillon Dirlewanger gezwungen ist er noch im selben Jahr umgekommen.

Herr Kürle stellte seinen Vater Peter vor, der im kirchlichen Widerstand aktiv war. Er wurde 1942 verhaftet und war bis 1945 in Haft. Danach lebte er wieder in Lübeck.

Nach diesen Ehrungen sprach Christoph Kleine vom Bündnis „Wir können Sie stoppen“. Er hob in seiner Rede hervor, dass der vielfältiger Protest der letzten Jahre endlich Erfolg zeigte. Und so Lautet das Motto in diesem Jahr: „Wir können Sie stoppen, wir haben Sie gestoppt!“

Er warnte aber davor, dass der braune Spuk vorbei wäre: Nach wie vor gelte es wachsam zu sein. Der alltägliche Rassismus ist Realität, Verfolgung von Antifaschisten wie in Dresden durch die Justiz sind ein Skandal. Auch bei unseren Demos spielte die Polizei in den vergangenen Jahren eine unrühmliche Rolle.

Bischöfin Kirsten Fehrs erinnerte in ihrer Rede: „Nie wieder ein Kreuz mit Haken!“ Auch sie warnte vor einem Nachlassen der Aktivitäten gegen Rechts.

Jörg Wilczek, Geschäftsführer der Gewerkschaft ver.di Lübeck/OH sagte, dass man den Nazis keinen Platz lassen dürfe und kündigte eine Veranstaltung des DGB am 2. Mai 2o13 zum Verbot der Gewerkschaften vor 8o Jahren an.

Auch wenn wir die Nazis gestoppt haben, wird nächstes Jahr wieder der Opfer gedacht werden, werden wir wieder eine Kundgebung veranstalten.

J.P. Köpsell, KV Lübeck/Lauenburg

Kommentar

Ohne Verbot am Ende?

Weil die NPD ihren Bundesparteitag in Coburg absagen musste und die Nachricht bekannt wurde, die Partei habe sieben hauptamtliche Mitarbeiter wegen Geldmangels entlassen, stellten Medien die Frage, ob sich das leidige Thema nicht von selbst erledigt habe. Leider nein, muss man einwenden. Zunächst einmal: Der Bundesparteitag, der in einem Riesenzelt auf dem Grundstück eines Familienmitglieds des ehemaligen Nazi-Oberbürgermeisters von Coburg geplant war, konnte nur deshalb nicht stattfinden, weil Straßenbauarbeiten die Zufahrt zum Parteitagsgelände für die 400 Delegierten versperrten. Auch den Geldmangel könnte die NPD schnell beheben. Das weiß jeder Fußballverein, der es mit einem zahlungskräftigen Sponsor innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Zeit von der Kreisliga bis in die höchste Spielklasse schaffen kann.

Es kann und darf keine Entwarnung geben. Die Nazipartei ist weder organisatorisch und schon gar nicht ideologisch am Ende. Das beweist sie bei den bevorstehenden Kommunalwahlen am 26. Mai, wo sie klammheimlich die Voraussetzungen für Kandidaturen im Kreis Pinneberg, in der Stadt Neumünster und in der Kleinstadt Uetersen geschaffen hat. Hinzuzählen kann man eine so genannte Rechtsstaatliche Liga im Kreis Herzogtum Lauenburg mit dem jetzigen NPD-Abgeordneten Oelke an der Spitze. Im Kreis Pinneberg tritt die Nazi-Partei in allen 25 Wahlbezirken an, in Neumünster in 22 Wahlkreisen und flächendeckend mit 14 Kandidaturen auch in Uetersen. Machen wir uns nichts vor: Die NPD hat ganz offensichtlich ihre Basis verbreitert, denn vor fünf Jahren war sie noch nicht in der Lage, im Kreis Pinneberg und in Neumünster zu kandidieren. Sie demonstriert ihre Handlungsfähigkeit, und Ingo Stawitz, der Landesvorsitzende, weist auf die Tatsache hin, dass seine Partei in ganz Deutschland nicht nur in zwei Landtagen sondern auch in 500 Kommunalparlamenten vertreten ist.

Angesichts der Tatsache, dass die Fünf-Prozent-Klausel bei Kommunalwahlen nicht gilt, besteht tatsächlich die Gefahr, dass in Schleswig-Holstein den 500 Abgeordneten der NPD weitere Mandate hinzugefügt werden. Entwarnung zu geben, dazu gibt es keine Veranlassung. Im Gegenteil. Alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte müssen in Alarmbereitschaft versetzt werden. Die Losung: „Keine Nazis in die Parlamente“ hat höchste Aktualität.

Unbemerkt, so kommentierten örtliche Medien, sei die NPD an der Basis erfolgreich gewesen. Sie konnte es, weil sie sich auf Legalität berufen konnte. Dank der stillschweigenden oder offiziellen Duldung des Staates stand sie lange Zeit nicht einmal unter Verbotsdrohung. In Pinneberg wurde erst unlängst bekannt, dass die NPD in einem Lokal mindestens elf Mal einen „Klöhnschnack“ abgehalten hat, bis junge Antifaschisten aufmerksam wurden und diese Tatsache öffentlich bekannt machten. Sogar ein Landesparteitag habe dort stattgefunden, hieß es. Das Ganze passt zum NSU-Skandal, in dem die NPD ja auch eine Rolle spielt. Auch in Schleswig-Holstein sollen die Mörder mögliche weitere Opfer aufgelistet haben, ohne dass Verfassungsschutz und Polizei davon Kenntnis nahmen oder ihre Kenntnisse an die Öffentlichkeit brachten. Im Fall des Pinneberger Nazi-Treffpunkts hätte schon eine Razzia der Polizei genügt, um die NPD aus dem Lokal zu vertreiben.

Noch wichtiger aber ist die ideologische Auseinandersetzung mit NPD und ihren Bündnispartnern. Darauf muss in Gegenwart und Zukunft das Hauptaugenmerk gelenkt werden.

Die Losung „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ trifft den Kern des Problems. Die Ideologie der Nazipartei muss ein für allemal als verfassungsfeindlich gebrandmarkt werden. Und das allein böte die Möglichkeit, gegen alle möglichen Nachfolgeparteien oder Organisationen vorzugehen. Erst dann können wir darauf rechnen, dass keine Naziparolen mehr von der Tribüne eines Parlaments verkündet werden, ob in der Stadt, im Kreis, in den Landtagen oder im Bundestag.

Günther Wilke

Überfall auf DGB-Kundgebung und versuchter Waffendiebstahl

Vor kurzem fanden zwei Prozesse statt: vor dem Amtsgericht in Niebüll wegen einer Demonstration in Leck gegen einen verurteilten Sexualstraftäter und die in diesem Zusammenhang begangenen Straftaten, und vor dem Amtsgericht Husum wegen des Überfalls auf die Mai-Kundgebung des DGB in Husum 2011 (dieser Prozess wurde aus Sicherheitsgründen im Sicherheitstrakt des Landgerichts in Flensburg verhandelt).

Zunächst zu Leck: Das Gericht stellte fest, dass es sich entgegen der Behauptungen des Angeklagten nicht um eine spontane, unpolitische Kundgebung gehandelt habe, mit der ganz normale Bürger ihre Sorge und ihre Empörung zum Ausdruck bringen wollten, dass ein (als Jugendlicher) verurteilter Sexualstraftäter in Leck wohnte. Vielmehr sei mindestens seit einer Woche vorher von NPD‘lern über Facebook mobilisiert worden, sodass von einer nicht anmeldepflichtigen Spontandemonstration keine Rede sein könne. Die dort gehaltene Rede sei von einem NPD-Flugblatt abgelesen worden. Als die Polizei den Versuch die Wohnung des jungen Mannes zu stürmen verhinderte, habe der Angeklagte, der zumindest damals Mitglied der NPD und Verantwortlicher der Kundgebung war, erheblichen Widerstand geleistet. Aber nicht nur das: das Gericht sah es als erwiesen an, dass er versucht habe, einem der Polizisten die Dienstpistole zu entreißen. Der Fußtritt eines zweiten Beamten verhinderte dies, der Neonazi versuchte es jedoch erneut, scheiterte aber wieder. Später will er aus

der NPD ausgetreten sein. Das Gericht verurteilte ihn zu einer fast 2-jährigen Haftstrafe, die aber zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Ebenfalls führend beteiligt war die NPD auch beim Überfall auf die DGB-Kundgebung in Husum 2011. Auf einem der Fotos, die auch überregional durch die Presse gingen, ist deutlich der damalige – heute stellvertretende – NPD-Landesvorsitzende Jens Lütke.



Jens Lütke (Links mit Transparent)

Gleichfalls mit von der Partie – wie auch später in Leck – der frühere Landratskandidat der NPD, Arne Kaehne, und Roland Siegfried Fischer, seit 2010 Anmelder und Mitorganisator beim geschichtsrevisionistischen jährlichen „Trauermarsch“ in Lübeck – neben Neonazi-Größen von bundesweiter Bedeutung wie Thomas Wulff – sowie verschiedene andere mehr oder weniger bedeutende Mitglieder der NPD sowie Freier Kameradschaften. Besonders aggressiv werden von Zeugen die ‚Kameraden‘ aus Rendsburg geschildert.

Insgesamt wurden in diesem Zusammenhang etwa 38 Hausdurchsuchungen durchgeführt. Soweit nicht auf Grund anderer, schwerwiegender Strafen von einem Verfahren abgesehen wurde, ergingen eine Reihe von Strafbefehlen, nun auch gegen den Schläger, der einen jungen Gewerkschaftler durch einen Faustschlag verletzt hatte, dass dieser sich ambulant in der Klinik behandeln lassen musste. Für den Neonazi – auch er habe sich von der Szene getrennt, sagt er – bedeutete dies ein Schmerzensgeld an den Geschädigten sowie 1000 Euro an die Amadeo Antonio Stiftung.

Rb

Eindrücke der 8. Landesgedenkstättentagung Schleswig-Holstein

Die 8. Landesgedenkstättentagung Schleswig-Holstein vom 22. bis 24. März 2013 in Bad Malente stand unter dem Motto „Erinnerungs-(ge)schichten, Umbrüche im Gedenken des Nationalsozialismus“. Vertreten waren die Vorsitzenden sämtlicher Gedenkstätten, außerdem die Bürgerstiftung Schleswig-Holstein, der Gedenkstättenbeauftragte der Nordkirche, die Heinrich-Böll-Stiftung, der Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus (AKENS), die VVN-BdA, Historiker, Pädagogen und viele Interessierte aus dem Umfeld der gastgebenden Gustav-Heinemann-Bildungsstätte. An drei Tagen fanden Podiumsdiskussionen statt, wurde über die aktuelle Situation der Gedenkstätten berichtet. Planungen wurden vorgestellt. An einer Podiumsdiskussion nahm auch Anke Spoorendonk teil, Ministerin für Justiz und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, die den meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmern schon als Landtagsabgeordnete des SSW ein Begriff war.

Bemerkenswert war aus unserer Sicht der solidarische Umgang miteinander. Meinungen und Erfahrungen wurden ausgetauscht, Kontakte geknüpft oder aufgefrischt. Die Ministerin dürfte den Eindruck mit nach Kiel genommen haben, dass im Lande vielfältige Erinnerungsarbeit stattfindet, die es verdient, durch die Landesregierung nicht nur ideell sondern auch finanziell unterstützt zu werden. Unter der vorherigen Landesregierung wurde Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit so gering geschätzt, dass alle Gedenkstätten über katastrophale Unterfinanzierung klagten. Als einzige Landesregierung verzichtete die CDU/FDP-Koalition darauf, vorhandene Bundesmittel abzurufen. Nun gibt es neue Hoffnung, dass sich die finanzielle Situation für Gedenkstätten und Geschichtsarbeit trotz knapper Kassen bessert. …

In einem einleitenden Referat stellte der Historiker und Politikwissenschaftler Dr. Harald Schmid von der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinischer Gedenkstätten fest, dass derzeit Erinnerungsgeschichten Konjunktur haben. Als Beispiel nannte er den vom ZDF in drei Teilen ausgestrahlten Film „Unsere Mütter – unsere Väter“, der hohe Einschaltquoten hatte. Schmid warnte allerdings vor der Illusion, dass die Diskussion über diesen Film auf Antifaschismus hinaus laufen werde. Immerhin trüge der Film zur Aufklärung bei, könne aber die Geschichtsarbeit nicht ersetzen. Diese müsse fortgeführt werden und in erinnerungsgeschichtliches Handeln münden. In diesem Zusammenhang ging der Referent auf die Veränderung der Erinnerungskultur ein und auf das Spannungsverhältnis von Vergangenheit und Gegenwart.

Marianne Wilke, 1929 in Hamburg geboren, Ehrenvorsitzende der VVN-Bund der Antifaschisten, berichtete im Podiumsgespräch von ihren Auftritten als Zeitzeugin in Schulen und Jugendeinrichtungen Schleswig-Holsteins und Hamburgs sowie vor jungen Gästen der jährlich in der KZ-Gedenkstätte Ahrensbök stattfindenden internationalen Work-Camps. … Unter Leitung der Historikerin Dr. Ingaburgh Klatt berichtetem über den Wandel von Erinnerung im Generationen übergreifenden Gedächtnis von 1945 bis in die Gegenwart weiter Hartmut Kunkel (AKENS), Monika Metzner-Zinsmeister (Gedenkstätte Ahrensbök) und Matthias Lauer, Absolvent des freiwilligen Bildungsjahres Politik im Jüdischen Museum Rendsburg.

G.W.

Am Tag gegen Rassismus,

den 21. März 2013, hat die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) zu einer bundesweiten Aktion namens **5 vor 12** aufgerufen. Bei dieser Aktion waren alle Menschen in Deutschland dazu aufgerufen für 5 Minuten gegen Rassismus und für ein friedliches und solidarisches Zusammenleben aller Menschen in Deutschland ein Zeichen zu setzen. Punkt 11:55 Uhr wurden auf beiden Seiten der Gablenzbrücke Transparente „Gemeinsam gegen Rassismus“ hochgehalten, um auch in Kiel ein sichtbares Zeichen zu setzen.

Christel Pieper

Neonazis kandidieren im Kreis Pinneberg

„Entsetzen über Kandidatur der NPD im Kreis und in Uetersen“ titelte das Hamburger Abendblatt am 27. März. Den Leuten um Ingo Stawitz war es tatsächlich gelungen, 25 Direktwahl-Kandidaten für den Kreistag und 14 für die Stadtvertretung in Uetersen aufzustellen. Auf den Listen kandidieren 6 Leute im Kreis und 4 in Uetersen. Dieser Vorgang ist auch deshalb so erschreckend, weil offensichtlich die Menschen, die hinter diesen Kandidaturen stehen, einem gesellschaftlichen Umfeld gegenüber zu stehen glauben, dass ihnen erlaubt, unter Angabe von Namen und Hausnummer, ihre Gesinnung offen zu zeigen.

Ihr „Entsetzen“ äußerten Kommunalpolitikerinnen und -politiker aller Fraktionen. Deshalb war der Kreisvorstand Pinneberg der VVN-BdA durchaus optimistisch, als er die Mitglieder der Wahlausschüsse brieflich aufforderte, in den Wahlausschüssen gegen die Kandidatur der NPD zu stimmen. Zumal vor der Landtagwahl 2012 derselbe Ausschuss, abgesehen von einer Enthaltung, einmütig mit Nein gestimmt hatte. Regina Seidenstücker (Grüne) stimmte dann auch gegen den Antritt der NPD, die Vertreterinnen der SPD enthielten sich ihrer Stimme. Das „Entsetzen“ aller Anderen, unter ihnen CDU Bundestagsabgeordneter Schröder, mündete in Zustimmung. Um Irritationen vorzubeugen, DIE LINKE hatte keine Vertreter in den Ausschuss entsandt.

Der Antritt der NPD kam überraschend. In den letzten 20 Jahren war das nicht mehr passiert. Stawitz hat sich zwar nur auf Platz 4 des Listenvorschlags platziert, steckt aber zweifelsohne hinter dieser Provokation. Der wegen „gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung“ vorbestrafte Neonazi ist nicht nur ein Trommler und Organisator, er ist notorischer Holocaustleugner und Geschichtsrevisionist. So sagte er der Berliner Zeitung 2005: „Ich kenne Leichenberge nur aus Dresden“ und fügt hinzu, dass diese „in den alliierten Filmen nach Kriegsende als die von Auschwitz präsentiert“ worden seien.

Für solche Ansichten und deren Protagonisten darf es keinen Platz auf den Podien unserer Parlamente, egal auf welcher Ebene und egal unter welchem Etikett, geben. Das war das ehrenhafte Motiv der Vertreter von SPD und Grünen im Kreiswahlausschuss. Sie wussten selbstverständlich, dass nach einer Ablehnung durch den Ausschuss der Kreiswahlleiter der Entscheidung hätte widersprechen müssen, weil alle formalen Kriterien erfüllt waren. Die Neinstimmen und Enthaltungen waren aber keine juristischen, sondern poltische Handlungen. Ein Kommentar in den Elmshorner Nachrichten bezeichnet „das Verhalten der Grünen, aber auch der SPD, rechtlich völlig daneben.“ Der Kommentator qualifiziert es dann auch noch „politisch auf Kleinkinderniveau.“

Es geht hier nicht um das Urteilsvermögen eines Zeitungsredakteurs. Die nun entstandene Situation unterstreicht doch nur, wie dringend notwendig das Verbot der NPD ist. Kritiker eines Verbots tragen immer wieder das Argument vor, „Rechtsextremismus“ müsse politisch bekämpft werden. Richtig, dass muss überall und bei jeder Gelegenheit geschehen und wenn es nur durch den symbolischen Akt einer Ablehnung im Wahlausschuss ist. Dort, wo aber das Recht, dessen Geltung für alle gleich zu sein hat, den Neonazis immer wieder den Missbrauch des Demonstrations- und des Wahlrechts zur Verbreitung ihrer menschenverachtenden und rassistischen Propaganda erlaubt, muss ein Verbot die politische Auseinandersetzung ergänzen.

Jürgen Brüggemann

Ostermärsche 2013

Krieg ist nie eine Lösung

Schleswig Holstein, Drehkreuz für Kriegseinsätze der Marine und der Luftabwehr!

In Kiel und Wedel gingen die Menschen mit ihren Forderungen auf die Straße sowie in weiteren ca. 80 Städten der Bundesrepublik.
Einige Ausschnitte der Reden von Wedel und Kiel:



Ostermarsch in Wedel, Foto: Meimberg

In Wedel

betonte Oberstleutnant d.R. Michael Linder vom Darmstädter Signal die Rolle der NATO – Abschreckungsbündnis oder Interventionsbündnis? Zu Afghanistan führte er aus: „Was will der Westen in Afghanistan? Was elf Jahre lang falsch war, wird im zwölften Jahr nicht richtig. Es gibt eine überwältigende Ablehnung dieses Krieges in Deutschland… Wenn sich etwas ändern soll, muss der öffentliche Druck stärker werden.“

Auch Jens Festersen, ver.di Gewerkschaftssekretär, protestierte in

Wedel: „Es gibt jährlich weltweit 40 Kriege mit 30 000 Toten. Deutsche Soldaten und deutsche Waffen sind immer wieder daran beteiligt. Nie dürfen sie in Krisengebiete geliefert werden.“

In Kiel

betitelte Prof. Jörg Wollenberg von der VVN-BdA Bremen seine Rede „Nie wieder Krieg ohne uns Deutsche?“ Was ist aus dem „Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus“ nach 1945 geworden? Während die Bevölkerung nach wie vor mit großer Mehrheit Kriegseinsätze ablehnt, fordern einflussreiche Wochenzeitungen wie „Spiegel“ oder „Die Zeit“ den endgültigen Abschied von einer konsequent pazifistischen Politik. Sie plädieren für militärische Interventionen im eigenen Interesse des Landes und für Menschenrechte.

Frank Hornschuh DGB Region Kern sprach sich für zivile Konfliktlösungen aus.

Bernd Meimberg sprach für den Zusammenarbeitsausschuss der Friedensbewegung von Schleswig Holstein (ZAA) über die Positionen der Friedensbewegung. Dieser Beitrag problematisierte die Rolle Schleswig-Holsteins bei Kriegseinsätzen.

Krieg ist keine Lösung.

Menschenrechte, Demokratie, sozialen Fortschritt und Frieden kann man nicht herbeibomben. Die ungleichen Lebensbedingungen die zu Spannungen führen, werden nicht präventiv bekämpft. Wenn allerdings die Spannungen sich entladen, wie in Mali, wird nach Kolonialherrenart Krieg geführt.

Keine Rivalen regional und global

(*„No Rivals“: Den Aufstieg konkurierender Mächte in Europa und Asien verhindern. Auszüge aus den neuen Leitlinien-Entwurf des Pentagon veröffentlicht in der „New York Times am 8.3.1992*) Diese Doktrin der USA „keine Rivalen“, bestimmt auch die deutsche Politik!

Für diejenigen Regierungen, die ihre politischen Interessen mit Krieg und Gewalt durchsetzen wollen, ist es eine Lösung.

Der Rivale Irak ist zerstört, der Rivale Jugoslawien ist bedeutungslos, der Rivale Libyen ist zerstört und für Afrika verloren. Der Rivale Syrien als befreundeter Staat von Iran und Russland wird zerstört.

Der Rivale Iran wird bedroht. Die Rivalen China und Russland werden mit Militärstützpunkten und Raketenabwehrsystemen eingekreist.

Die Eroberung Afghanistans, das an China und den Iran grenzt, wird besetzt, denn es hat eine zentrale Bedeutung in diesem globalen Bedrohungsszenario.

Es geht also nicht um atomare Rüstung oder Menschenrechte.

Vor dem Hintergrund dieser geostrategisch ausgerichteten Außenpolitik wird die Bundeswehr zu einer Interventionsarmee umgebaut.

Schleswig-Holstein: Drehkreuz für Kriegseinsätze der Marine und der Luftabwehr!

Die Verschiffung des Raketenabwehrsystems Patriot in Travemünde am 7. Januar 2013 in die Türkei, sowie der Transportmaschineneinsatz in Mali, haben wieder gezeigt, dass auch von Schleswig Holstein aus Kriegseinsätze stattfinden.

Das Flugabwehrraketengeschwader 1 ist verantwortlich für alle Flugabwehrsysteme in Schleswig Holstein und Mecklenburg Vorpommern. In Husum bzw. in Schwesing sind die Raketenabwehrsysteme „Patriot“ stationiert und östlich von Rostock in Sanitz und Bad Sülze.

Bei Todendorf im Kreis Plön bzw. bei Putlos-Oldenburg (Kreis Ostholstein) befindet sich die stationäre Luft Nahbereichs Flugabwehr MATI und das Kurzstrecken Flugabwehrsystem Ozelot für den Waffenträger Wiesel 2.

Beide zum Schutz der Feldlager der Bundeswehr gegen Raketen, Flugzeuge und Mörser. Beides leicht bewegliche Flugabwehrsysteme, die mit Hubschraubern verlegt werden können. Solche Systeme wurden in Afghanistan gebraucht.

Von Hohn bei Rendsburg sind die Transportmaschinen Transal nach Mali gestartet. Vorher waren sie im Einsatz in Afghanistan.

Das Aufklärungsgeschwader 51 „Immelmann“ stationiert bei Schleswig, war längere Zeit in Afghanistan und hat die Bilder geliefert an Hand derer dann die Jagdbomber der USA ihre Einsätze flogen.

Immelmann war einer der „erfolgreichsten Jagdflieger“ im ersten Weltkrieg, in dem Deutschland den Griff zur Weltmacht versuchte.

In Jagel bei Schleswig ist die Stationierung von Kampf- und Aufklärungsdrohnen vorgesehen, wenn denn die Anschaffung möglich wird.

Die deutsche Marine

In Kiel befindet sich das NATO Expertenzentrum für Operationen in Randmeeren und Küstengewässer und auch das Flottenkommando von dem die Auslandseinsätze für den Überwasserkrieg für die Einsatzflottille 2 in Kiel geplant werden. Zu der Flotte gehören Schnellboote, U-Boote, Minenabwehr usw.

In **Eckernförde** befinden sich die Marineschutzkräfte bzw. Marineinfanterie sowie spezialisierte Einsatzkräfte wie Kampfschwimmer, Minentaucher, eine Art KSK der Marine.

In Kiel ist die Howaldtswerft von Thyssen Krupp Marine Systems. U-Boote, Fregatten usw. mit modernster elektronischer Ausrichtung werden hier gebaut und sind weltweit im Einsatz. Zur Zeit befindet sich die in Kiel gebaute Fregatte „Hamburg“ bei der Flugzeugträgerkampfgruppe der U.S. Navy im Persischen Golf unweit der iranischen Küste. Der Auftrag Abwehr von Luftangriffen zum Schutz eines US Flugzeugträgers.

Hier geht es nicht nur um den Iran sondern auch um die Kontrolle der Rohstoffwege, um im Konfliktfall China von den Öllieferungen abzukoppeln.

Schleswig Holstein ist also mit der Stationierung von Waffensystemen und der Flotte, die weltweit schon jetzt eingesetzt werden, Teil des globalen Bedrohungssystems der NATO oder anderer Bündnisse!

Die Stärkung der Zivilgesellschaft

ist für uns das A und O. Wenn es uns nicht gelingt die Bevölkerung mehr für den Frieden zu mobilisieren, wird Deutschland sich an immer mehr Kriegen beteiligen. Die menschlichen und materiellen Opfer werden enorm hoch sein.

Die Kampagnen gegen die Kampfdrohnen oder die Kampagne Aufschrei gegen den Rüstungsexport sind Möglichkeiten wieder mehr die Öffentlichkeit einzubinden.

Die NPD ist pleite: darf sie deshalb legal bleiben?

Die Mitglieder laufen ihr weg: löst sie sich auf? Die Stimmenanteile bei den Wahlen in Schleswig-Holstein sind grottenschlecht, Anhänger weigerten sich nach Auffliegen des Terrornetzwerkes, benötigte Unterstützerunterschriften für die Landtagswahl zu leisten. Bisher tritt die NPD zu den Kommunalwahlen nur im Kreis Pinneberg, in Uetersen und in Neumünster flächendeckend an, sonst wohl nur sporadisch in Kiel, Stormarn, vielleicht auch in Segeberg. Geht also von dieser ältesten neofaschistischen Partei keine Gefahr mehr aus?

Die NPD ist ein Teil der gesamten neofaschistischen Bewegung, auch nach ihrem Selbstverständnis. Sie bietet, solange sie nicht verboten ist, dieser Bewegung alle Möglichkeiten einer legalen Partei. Dazu gehören staatliche Finanzierungen wie die Kostenübernahme für Parlamentsmandate, wissenschaftliche Mitarbeiter, Spendenaufstockung, Wahlkampfkostenerstattung usw. Sie kann privilegiert Räumlichkeiten anmieten und Demonstrationen sowie Kundgebungen anmelden. Parlamentsabgeordnete genießen darüber hinaus Immunität, soweit diese nicht durch Beschluss des betreffenden Parlaments aufgehoben wurde. Nicht zu unterschätzen sind auch die Bereitstellung von Organisationsstrukturen und Logistik.

Die Staatsanwaltschaft in Schleswig-Holstein hat im Zusammenhang mit dem Überfall auf die DGB-Kundgebung am 1. Mai in Husum und dem versuchten Waffenraub in Leck (s.S. 2, Artikel in diesem Heft) erheblichen Ermittlungsdruck gegen die neofaschistische Szene aufgebaut. Das hat dazu geführt, dass einige Teilnehmer an der Husumer Aktion mit dem LKA in Flensburg kooperiert und bei der Identifizierung anderer Teilnehmer geholfen haben. Möglich, dass sie künftig als aktive Teile der neofaschistischen Szene ganz oder zeitweise ausfallen.

Und ganz besonders macht der NPD das drohende Verbotsverfahren zu schaffen. Der Versuch, sich einen Persilschein vom BVerfG ausstellen zu lassen mit ihrem Antrag, die Verfassungsmäßigkeit der NPD bescheinigen zu lassen, erwies sich als Flop. Christian Worch, schon seit Michael Kühnens Zeiten Mitglied in etlichen, meist inzwischen verbotenen Parteien und Organisationen, hatte sich gegen die Fusion von NPD und DVU mit der Begründung ausgesprochen, dann gäbe es bei einem NPD-Verbot keine legale neofaschistische Partei mehr. Konsequenterweise gründete er im April 2012 daher die Partei „Die Rechte“. Sie hat inzwischen vier Landesverbände und etliche Kreisorganisationen, ihr Schwerpunkt liegt aber z.Zt. noch in NRW. Nicht überraschend ist es, dass die Mitglieder aus allen Spektren der rechten Bewegung, auch aus der NPD und aus kürzlich verbotenen Organisationen kommen. Die Gerüchte, dass auch ein Landesverband in Schleswig-Holstein vor der Gründung stünde, halten sich hartnäckig.

Die Verbindungen von NPD-Kadern mit der Unterstützerszene des Terrornetzwerkes NSU wiegt schwer. So wurde berichtet, wie schwierig das Sammeln von Unterstützerunterschriften für die Landtagswahlen gewesen sei. Langjährige Sympathisanten hätten mit Blick auf den NSU zu verstehen gegeben, so weit seien sie nicht bereit zu gehen.

Offensichtlich nutzte das Kern-Trio Mundlos-Zschäpe-Böhnhardt Schleswig-Holstein nicht nur als Urlaubsland. Wie der NDR am 27.12.2012 berichtete, „soll das Terror-Trio Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe nach NDR Informationen offenbar mehr als 20 Orte im Norden für potenzielle Anschlagsziele ausgespäht haben. (…) Im Visier der Rechtsterroristen waren dabei auch Kulturvereine für Migranten und Einrichtungen, die sich um die Integration von in Schleswig-Holstein lebenden Ausländern kümmern. Bei dem Trio fanden die Ermittler auch Stadtpläne von Kiel. In der Anklageschrift heißt es dazu: Der NSU druckte sich Karten aus, auf denen er Orte markierte. Dazu hat die Terrorzelle Anmerkungen zu den örtlichen Gegebenheiten geschrieben – zum Beispiel Möglichkeiten zur Flucht.“

„In den Akten zum Zschäpe-Verfahren gibt es weitere Verbindungen nach Schleswig-Holstein. Neben Fehmarn, Neumünster und Nessendorf, gibt es Hinweise auf Grömitz, Lübeck, Neustadt, Gelting und Flensburg.“ Diese seine Aussage gegenüber dem NDR bestätigte der Publizist Volkmar Wölk auch noch einmal bei einer Veranstaltung des Bündnis gegen Rechts in Nordfriesland am 4. April. Gegenüber dem Autor betonte er, seit dem 27.12. seien die Hinweise darauf noch stärker geworden. Zudem seien Kontakte nach Kiel sowie nach Dänemark geknüpft worden, bei denen es um die Beschaffung von Waffen ging.

In den Medien wird auch immer wieder von der Verzahnung neofaschistischer Strukturen mit der Rocker-Szene berichtet. Eigentlich verwundert das nicht besonders, und das Beispiel des früheren NPD-Landesvorsitzenden Schleswig-Holstein, Gründer der „Aktionsgruppe

Fortsetzung Seite 7 unten



Die VVN-BdA Lübeck/Lauenburg organisierte den Protest in Lübeck und Travemünde gegen die Stationierung der „Patriot“ Abwehrraketen in der Türkei

NSU: Spuren in den Norden?

Neumünster: Am Dienstag, den 2.4. veranstaltete die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten im Rahmen des Bündnis gegen Rechts eine Diskussionsveranstaltung im KDW (Kulturverein Dada am Waschpohl). Eingeladen war die Obfrau der Linken Kerstin Köditz im Untersuchungsausschuss Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen. Kerstin Köditz ist Sprecherin der Linken für Antifaschistische Politik und daher bestens mit der Thematik vertraut. Es kamen über 30 Zuhörer, so dass der Raum gut gefüllt war.

Sie referierte zunächst die bekannten Fakten über die 10 Morde und die 2 Bombenanschläge der NSU. Bei einem dieser Anschläge gab es bereit Aufzeichnungen einer Überwachungskamera, die die Attentäter zeigten. In Ihrem Vortrag stellte sie einen Umstand heraus: Es ist einfach unmöglich, das das Trio ohne Unterstützung durch ein Nazi-Netzwerk 13 Jahre lang im Untergrund leben, die Anschlagsziele ausspähen und die Morde begehen konnte.

Die Vernetzung der Nazis ist kein Thema für die Behörden.

Das Netzwerk ist nicht aufgedeckt. Die Staatsanwaltschaft hat den inzwischen 129 Namen auf den Adresslisten des Trios viel zu wenig Beachtung geschenkt. Anscheinend will man wieder die Nazis zu Einzeltätern machen, wie es bereits beim Oktoberfestattentat in München 1980 praktiziert wurde, und begrenzt die Ermittlungen auf Beate Tschäpe. Die Vernetzung der Nazis ist nirgends ein Thema. Deshalb ist es gerade unsere Aufgabe die Netzwerke öffentlich zu machen.

Die Spuren in den Norden.

Der NSU hat nicht nur auf Fehmarn Urlaub gemacht. Dabei müssen sich die Nazis sehr sicher gefühlt haben, denn Beate Tschäpe ließ sich bei Freizeitaktivitäten vom NDR filmen. Bekannte Verbindungen gab es nach Lübeck, zu einem Kieler Buchverlag, nach Quickborn und zu einem ehemaligen NPD-Funktionär aus dem Kreis Plön. Sie sollen sogar an einem Konzert des „Club 88“ mit der Naziband „Whitelaw“ in Neumünster teilgenommen haben. Bis nach Kollund führt die Spur, wo sie an einem Rudolf-Hess-Gedächtnismarsch teilgenommen haben sollen. Auch wenn Schleswig-Holstein sich gerne als unschuldiges Urlaubsland gibt, sollten wir auch die rassistischen Brandanschläge von Mölln und Lübeck nicht vergessen.

Eine rege Diskussion

Im Anschluss an den Vortrag gab es eine sehr rege und differenziert geführte Diskussion bei der auch die Ergebnisse anderer Untersuchungsausschüsse eingeflossen sind. Dazu gehört:

- Der Chef der Neonazi-Terrorgruppe „Thüringer Heimatschutz“ Timo Brandt wurde mit 200 000 DM vom Verfassungsschutz finanziert. Aus dieser Gruppe ging der NSU hervor.
- Es sollen je nach Quelle 10% bis 20% dieser Gruppe Spitzel des Verfassungsschutzes gewesen sein. D.h. fast alle aktiven Mitglieder. Ist das nur Beobachtung oder schon der Aufbau und die Finanzierung dieser Schlägertruppe durch den Verfassungsschutz?
- Der ehemalige Chef des Thüringer Verfassungsschutzes veröffentlichte im rechtsradikalen Ares Verlag und in der rechtradikalen „Jungen Freiheit“.

Man fragte sich, warum so gehandelt wurde. Ist es „nur“ Unfähigkeit und die Borniertheit von Rechtsauslegern, die den Feind nur links oder bei den „Ausländern“ sehen. Oder ist es etwa der bewusste Aufbau von Schlägertruppen, um Linke und Mitbürger mit Migrationshintergrund zu terrorisieren und einzuschüchtern? Übrigens, zum Berufsalltag von Verfassungsschützern gehört Tarnen, Täuschen und Verschleiern. Diese Leute haben ganz aus „Versehen“ relevante Akten geschreddert. Ob die Vorgänge je aufgeklärt werden?

Interessant sind dabei die unterschiedlichen Schwerpunkte in der Beurteilung. Aus der Erfahrung heraus, dass der Verfassungsschutz sehr wohl Linke und „Ausländer“ bespitzeln konnte, tendierten die Teilnehmer aus dem Westen eher Richtung Borniertheit und Förderung der Nazis. Aus der Erfahrung heraus, dass so mancher unfähige „Besserwessi“ in den Osten geschickt wurde und dort Karriere machte, die im Westen für ihn unmöglich war, tendierte Kerstin Köditz eher Richtung Unfähigkeit.

Kerstin Köditz meinte: Bei aller Kritik an den Sicherheitsorganen sollte man nicht vergessen, dass die Nazis gemordet haben. Außerdem sollte man die Nazis nicht unterschätzen, die können sich auch ohne Verfassungsschutz vernetzen und morden.

Zum Abschluss stellte sie noch eine sehr nachdenkenswerte Frage: „Die Terrorristen Mundlos und Böhnhardt hatten bereits 10 Menschen ermordet, darunter auch eine Polizistin und einen Polizisten lebensgefährlich verletzt. Sie lebten seit über einem Jahrzehnt im Untergrund. Sie hatten in Ihrem Wohnwagen zahlreiche Waffen. Wie kommt es, dass zwei bis an die Zähne bewaffnete Terroristen Selbstmord machen, nur weil zwei Dorfpolizisten um die Ecke kommen? Hier kommen wir allerdings in den Bereich der Spekulation.“

Kiel“, stellvertretenden Leiters der „Bandidos Neumünster“, mehrfach vorbestraften und z.Zt. auch noch inhaftierten Peter Borchert ist nicht die große Ausnahme. Gewaltbereitschaft und streng autoritäre Herrschaftsstrukturen sind für beide Szenen konstitutionell! Erst kürzlich wurde berichtet, dass im Rockermilieu bis zu 30 Prozent der Mitglieder der rechten Szene entstammten. Ob im konkreten Handeln dann die neofaschistische Motivation oder die organisierte Kriminalität überwiegt, ist auch konjunkturabhängig.

Die Zahl der Anhänger neofaschistischer Ideologie in Schleswig-Holstein ist nicht kleiner geworden. Der Druck aber, unter dem sie stehen, hat dazu geführt, dass die NPD als Partei von ihnen nicht mehr so genutzt wird wie noch vor zwei, drei Jahren. Auch wenn deshalb eine Verlagerung der Aktivitäten aus den Parteistrukturen hin in andere Milieus (Rocker, Türsteher, Security, Kleingruppen usw.) zu beobachten ist, erscheint die neofaschistische Bewegung hier deutlich geschwächt. Sollte die NPD oder eine Ersatzpartei aber wieder ohne Verbotsdruck zur Verfügung stehen, so dürfte sich das schnell wieder ändern, wie die Vergangenheit schon mehrfach gezeigt hat.

Termine

1.5.um 10 Uhr Elmshorn
„Keine Neonazis in Elmshorn und anderswo“. Treffpunkt: Gewerkschaftshaus Schulstr.3, 10 Uhr
DGB-Kundgebung: Alter Markt 10.30 Uhr
2.5. um 17 Uhr
Gewerkschaftshaus Kiel, Legienstr. 22
Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ der VVN-BdA
Eröffnung um 17 Uhr
4.5.um 14 Uhr
Gedenkfeier am Mahnmal in Gudendorf
Ansprache: Prof. Dr. H. Grieser (Uni Kiel)
Lieder gegen Krieg und Gewalt
Andacht: Pastor Dr. Dieter Stein
Superintendent i.R. Klaus Looft
7.5. um 19 Uhr
Gewerkschaftshaus Kiel, Legienstr. 22
Nationalsozialistischer Untergrund:
Kein 10. Opfer!
Rechtsterror, Staat und Medien
Referent: Alexander Hoffmann, Rechtsanwalt
26.5. Kommunalwahl: Keine Stimme den Nazis

Landesvorstand der VVN-BdA SH beruft 41. LDK ein:

Im Herbst 2013 ist es wieder soweit: Es ist Zeit für die im zweijährigen Turnus stattfindende Landesdelegiertenkonferenz (LDK) unserer Organisation. Im März fällte der Landesvorstand die Entscheidung, die nächste (41.) LDK zum 12.10.2013 einzuberufen. Sie wird wieder in einer der Seminarräume des Jugend- und Tagungszentrums „Kiek In“ in Neumünster stattfinden. Die LDK ist das höchste Beschluss- und Entscheidungsgremium unserer VVN-BdA in Schleswig-Holstein. Hier werden der Landesvorstand und mit ihm dessen Geschäftsführung Rechenschaft ablegen über die Aktivitäten unserer Landesorganisation in den letzten beiden Jahren. Wir werden über die zunehmenden neofaschistischen Provokationen in unserem Land und unsere Reaktion darauf sprechen. Wie sind wir mit der Diskussion über das NPD-Verbot vorangekommen? Wo konnten wir unsere Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ in den Städten und Gemeinden unseres Landes zeigen? Haben wir unsere Möglichkeiten, als VVN-BdA öffentlich in Erscheinung zu treten, genutzt? Konnten wir neue Mitglieder für unsere Organisation gewinnen? Diese und viele andere Fragen werden wir in Neumünster diskutieren.

Darüber hinaus geht es um die Wahlen zu den zentralen Gremien unserer Landesorganisation, vor allem zum Geschäftsführenden Landesvorstand mit Landesvorsitz und Stellvertretung.

Wie so häufig gilt es auch hier einige wichtige Formalien, auch Termine zu beachten: Die Wahlen der Delegierten zur LDK finden in den Kreisorganisationen statt. Auf je 5 Mitglieder fällt ein Delegiertenmandat. Die Delegierten sollten bis zum 15. September gewählt werden. Satzungsändernde Anträge müssen bis zum 1. Juni, alle anderen bis zum 1. September dieses Jahres vorliegen. Die LDK ist – wie auch alle anderen Termine – mitgliederöffentlich, d.h. alle Mitglieder unserer Landesorganisation sind herzlich willkommen. Wir freuen uns auf eine interessante und spannende Delegiertenkonferenz. *Hartmut Büchsel*

Kontakt:

- ▼ Schleswig-Holstein: Hartmut Büchsel, Gasstr. 12, 24340 Eckernförde [vvn-bda-sh@t-online.de]
- ▼ Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel, [vvn-bda-kiel@gmx.de]
- ▼ Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg
- ▼ Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25, 24536 Neumünster
- ▼ Norderstedt: Karin Nieswandt, Kastanienweg 5, 22846 Norderstedt [Nieswandt-Karin@t/online.de]
- ▼ Kreis Pinneberg: Dr. Jürgen Brüggemann, Kaltenweide 77, 25335 Elmshorn [juergen-christine@bruegge48.de]
- ▼ Wedel: Marlen Goischke, Trischenstr. 5d, 22880 Wedel, m.goischke@web.de
- ▼ Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
- ▼ Rendsburg/Eckernförde: Hartmut Büchsel, Gasstr. 12, 24340 Eckernförde, [vvn-bda-sh@t-online.de]
- ▼ Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
- ▼ Dithmarschen: Klaus Looft, Bäckergang 4, 25719 Barlt
- ▼ Itzehoe: Volker Blaschke, Stormstr. 13, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
- ▼ Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]
- ▼ Ost-Holstein, Volker Rätzke: [vr.vvnbdaoh@email.de]

www.schleswig-holstein.vvn-bda.de
Neofakommission Küste:
www.kueste.vvn-bda.de

V.i.S.d.P.: Marianne Wilke; Satz und Druck: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung mbH in Köln, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-21 16 58, gnn-koeln@netcologne.de

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.

- ☐ Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA. Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
- ☐ Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von .... Euro*.
- ☐ Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung
- ☐ Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.

Name: ....

Adresse: ....

....

....

VVN-BdA

Bitte einsenden an: ....

VVN-Bund der Antifaschisten e.V. – LV Schleswig-Holstein

Lindenstr. 9, 24118 Kiel, Tel.: H. Büchsel, 04351-666 08 05, Fax: M. Wilke, 04103-180 200,
E-Mail: vvn-bda-sh@t-online.de

* Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V., VR Bank Flensburg-Schleswig e.G.
BLZ 216 617 19, KNR 4 332 970